

HAUPTPROBLEME DER DEUTSCHEN LATEINAMERIKAPOLITIK 1933–1941

Von Hans-Jürgen Schröder

Die Lateinamerikapolitik des Dritten Reichs hat seitens der historischen Forschung erst in jüngster Zeit eine etwas stärkere Beachtung gefunden. Im folgenden soll auf die Haupttendenzen in der Analyse der deutschen Politik gegenüber den lateinamerikanischen Staaten in den Jahren 1933–1941 am Beispiel einiger bereits vorliegender Untersuchungen hingewiesen werden. Zugleich wird damit der Versuch unternommen, die Hauptprobleme der Lateinamerikapolitik des Dritten Reichs herauszuarbeiten.

Es ist das Verdienst von Manfred Kossok, als einer der ersten Historiker zu Beginn der 60er Jahre in einem Sammelband zur Geschichte Lateinamerikas im 19. und 20. Jahrhundert die Notwendigkeit betont zu haben, die Berliner Lateinamerikapolitik in den Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zu erforschen¹. Es bleibe „nach wie vor Aufgabe“ der – wie er formulierte – „progressiven Geschichtsschreibung, die bislang vorhandenen Ansätze zu vertiefen, um im einzelnen aufzuspüren, in welchem Maße Lateinamerika bevorzugtes Objekt einer wirtschaftlichen, politischen und in gewissen Grenzen auch militärischen Expansion seitens des deutschen Faschismus war“². So sehr dieses zu einem gewissen Grade noch heute zu Recht bestehende Postulat in bezug auf die gesamte Geschichtsschreibung zu unterstreichen ist, so absurd ist die Begründung, die Kossok für die konstatierte Vernachlässigung Lateinamerikas in der zeitgeschichtlichen Forschung angibt. Was die „offizielle (!) nordamerikanische oder westdeutsche Geschichtsschreibung“ anbelange, so habe der „rasch vollzogene Nachkriegsausgleich auch in dieser Richtung den Boden für eine Taktik der Verdunkelung oder des Schweigens“ bereitet: „Einerseits erwähnt die Mehrzahl der vielen in den USA herausgebrachten Handbücher über Lateinamerika, das

1) Manfred Kossok, Sonderauftrag Südamerika. Zur deutschen Politik gegenüber Lateinamerika 1938 bis 1942, in: Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus, 1810–1960, Berlin 1961, S. 234–255.

2) Ebd., S. 234.

Interamerikanische System, die diplomatische Geschichte usw. den Gegenstand der *Nazi infiltration* zumeist nur noch als Episode, während andererseits einstige aktive Mitgestalter oder Zeugen der deutschen Geheimpolitik wie beispielsweise der in das Metier des Geschichtsschreibers hinübergewechselte Wilhelm Freiherr von Schoenlogischerweise keinen Anlaß spüren, die Schleier der ‚unbewältigten Vergangenheit‘ zu lüften“³. Offen bleibt hier die Frage, warum auch die DDR-Historiographie dieses Postulat lange unerfüllt ließ. Daß die in der DDR lagernden Archivbestände zu diesem Problembereich umfangreiches Material enthalten, zeigt der 1966 veröffentlichte Sammelband „Der deutsche Faschismus in Lateinamerika“⁴. Die hier zusammengefaßten Beiträge verdeutlichen, wie schon der Aufsatz von Kossok, eine Grundtendenz bei der Interpretation der Berliner Lateinamerikapolitik nach 1933: die Überbetonung ideologischer Faktoren. Der Forderung nach Untersuchung auch der wirtschaftlichen Probleme wird formal zwar Genüge geleistet, ein Eigengewicht ökonomischer Fragen wird jedoch negiert und folglich auch der Frage einer möglichen Divergenz zwischen wirtschaftlichen Interessen und ideologisch-politischen Zielsetzungen bei der Interpretation nicht nachgegangen. Vielmehr steht die ideologisch-politische Komponente bei der Bewertung der weitgehend monolithisch gedeuteten deutschen Lateinamerikapolitik nach 1933 ganz im Mittelpunkt der Argumentation. Bezeichnenderweise spricht Friedrich Katz in dem Hauptbeitrag zusammenfassend von „Hitlers Wunsch einer Ausbreitung der nazistischen Ideologie in Lateinamerika“⁵.

3) Ebd.

4) Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933–1943, Berlin 1966 (veröffentlicht durch die Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin), darin: Friedrich Katz, Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika von 1898 bis 1941, S. 9–70; Ursula Schlenker, Rassenideologie der Nazis in der ethnographischen Literatur über Lateinamerika, S. 71–80; Klaus Kannapin, Zur Politik der Nazis in Argentinien von 1933 bis 1943, S. 81–102; Jürgen Hell, Das „südbrasilianische Neudeutschland“. Der annexionistische Grundzug der wilhelminischen und nazistischen Brasilienpolitik (1895 bis 1938), S. 103–124; Lieselotte Kramer-Kaske, Zur Politik der deutschen Faschisten in Kolumbien 1933 bis 1941, S. 125–144; Manfred Scharbius, Zur Politik des deutschen Faschismus in Mittelamerika und Westindien, S. 145–158; Wolfgang Schallöck, Lateinamerika und die Rundfunkpropaganda der Nazis in Theorie und Praxis, S. 159–186.

5) Katz, Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika, S. 58.

Die ideologisch-politische Komponente der deutschen Lateinamerikapolitik steht auch im Mittelpunkt der Untersuchung von Käte Harms-Baltzer⁶, hier allerdings nicht im Sinne einer von der Autorin intendierten Hervorhebung der Priorität ideologischer Faktoren. Vielmehr wünscht die Autorin, damit eine Eingrenzung des Themas zu erzielen. Sie strebt ähnlich wie Hans-Adolf Jacobsen⁷ eine Trennung von Wirtschaft und Politik an: Die Durchsicht vor allem der im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn zugänglichen Akten habe ergeben, daß die deutsch-brasilianischen Beziehungen der 30er Jahre einerseits von Wirtschaftsfragen, andererseits von Problemen bestimmt waren, welche die in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung betrafen. Diese letztere Problematik, nämlich die „brasilianischen Bestrebungen, die europäischen und asiatischen Einwanderer und ihre im Lande geborenen Nachkommen beschleunigt zu nationalisieren“ sowie die „gleichzeitige Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien“ in ihren politischen Rückwirkungen auf die deutsch-brasilianischen Beziehungen stellt die Autorin in den Mittelpunkt der Überlegungen⁸.

Ausgangspunkt bildet der Machtantritt der Regierung Vargas in der Oktoberrevolution des Jahres 1930. Sie sollte sich für die in Brasilien ansässigen Einwanderungsgruppen sowie ihre brasilianische Nachkommenschaft als „folgenreich“ erweisen, denn sie war Auftakt gesetzgeberischer Maßnahmen der Bundesregierung und der Regierungen der Einzelstaaten, „die der bisherigen Aufnahmebereitschaft des Landes für ausländische Arbeitskräfte... weitgehend ein Ende setzten und gleichzeitig in das Eigenleben der im Lande ansässigen Einwanderungsgruppen und ihrer Nachkommenschaft eingriffen“⁹. Hier kommt der brasilianischen Verfassung vom 16. Juli 1934, in der sich diese Nationalisierungstendenzen programmatisch niedergeschlagen haben, insofern eine besondere Bedeutung zu, als die For-

⁶) Käte Harms-Baltzer, Die Nationalisierung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien als Problem der deutsch-brasilianischen Beziehungen 1930-1938, Berlin 1970 (= Bibliotheca Ibero-Americana. Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Bd. 14), Colloquium Verlag.

⁷) Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt am Main 1968, S. XIX.

⁸) Harms-Baltzer, Nationalisierung, S. 6.

⁹) Ebd., S. 21.

mulierung dieses Programms sich noch nicht unter dem Eindruck einer breiteren nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien vollzog: „Neben wirtschaftlichen Motivationen waren für die Nationalisierungsprogrammatik der Verfassung von 1934 ideologisch gebundene Faktoren von wesentlicher Bedeutung, die um den Fragenkreis der nationalen Vereinheitlichung des Landes kreisten.“ Anhand der Analyse des 1934 von Brasilien nach Washingtoner Vorbild eingeführten Quotensystems gelangt die Autorin zu dem Ergebnis, daß sich die Nationalisierungstendenzen zunächst primär gegen die japanische Einwanderung richteten. Die nationalsozialistische Betätigung habe sich erst gegen Ende der ersten, die Jahre 1930 bis 1937 umfassenden Nationalisierungsphase „prägend, d. h. verschärfend“ ausgewirkt, nachdem sich „zunächst das Nationalisierungskonzept unabhängig von diesem speziellen Angriffspunkt manifestierte“¹⁰.

Wenngleich Harms-Baltzer „die relative Unabhängigkeit der Nationalisierungsforderungen“, soweit sie die Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung betraf, als „ausschlaggebendes Charakteristikum“ des von ihr als erste Etappe gesehenen Zeitraums von 1930-1937 bezeichnet, so verkennt sie doch nicht das auch für die Nationalisierungspolitik in dieser Phase zumindest seit Mitte der 30er Jahre zunehmende Gewicht der sich intensivierenden nationalsozialistischen Betätigung. Die wichtigsten Etappen dieser nationalsozialistischen Aktivitäten hat die Verfasserin anhand vor allem der ungedruckten deutschen Quellen klar herausgearbeitet. Die „Machtergreifung“ Hitlers markiert für die innerbrasilianische Diskussion einen gewissen Wendepunkt, denn einerseits „ließen sich die nationalsozialistischen Aktivitäten in Brasilien nunmehr mit einer etablierten – europäischen – Macht verbinden und gewannen damit politisches Gewicht; andererseits steigerte sich mit der Machtergreifung das Selbstgefühl der nationalsozialistischen Gruppen ganz wesentlich, und es kam zu lautstark ausgetragenen Auseinandersetzungen mit Gegnern innerhalb des deutschen und deutsch-brasilianischen Bevölkerungsteils, die nicht unbeachtet bleiben konnten. Zudem gewannen die nationalsozialistischen Gruppen in Brasilien bis Mitte der dreißiger Jahre eine wachsende zahlenmäßige und einflußmäßige Bedeutung, zu der sich eine zunehmende organisatorische Verfestigung gesellte“. So traf eine Vielzahl von Momenten zusammen, die

¹⁰) Ebd., S. 23, 29.

geeignet war, die „Aufmerksamkeit auf diese Gruppierungen und ihre Aktivitäten zu lenken“. Als Folge dieser sich zunächst in Pôrto Alegre manifestierenden Entwicklung wurden die nationalsozialistischen Aktivitäten Ende 1935/36 Bestandteil innerbrasilianischer Auseinandersetzungen und insbesondere der Nationalisierungsdebatte. Allerdings lassen sich, so betont Harms-Baltzer, „Ausmaß und Verlauf“ der gegen die nationalsozialistischen Aktivitäten von brasilianischer Seite formulierten Angriffe zu dieser Zeit „nur andeutungsweise“ erfassen. Im ganzen gesehen stellte die Ende 1930 eingeleitete brasilianische Nationalisierungspolitik bis Ende 1937 für Berlin ein sekundäres Problem dar, dem noch kein „gestaltender Einfluß“ auf die deutsch-brasilianischen Beziehungen beigemessen wurde¹¹. Der Staatsstreich von Getúlio Vargas leitete dann im November 1937 eine neue Phase der brasilianischen Nationalisierungspolitik ein, die sich auch stärker auf die Entwicklung der deutsch-brasilianischen Beziehungen auswirkte.

Mit der Etablierung des *Estado Novo* wurden die Nationalisierungsbestrebungen zunächst in Südbrasilien (Paraná, Santa Catarina, Rio Grande do Sul) intensiviert. Auftakt dieser bald auch auf ganz Brasilien ausgedehnten „Nationalisierungswelle“ bildeten verschiedene gegen die Propagandatätigkeit nationalsozialistischer Gruppierungen gerichtete brasilianische Aktionen, die schließlich in ein Verbot aller ausländischen politischen Vereinigungen mündeten (Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938). Die Schulgesetzgebung vom Januar, März und April 1938 brachte für die in Südbrasilien ansässigen Einwanderungsgruppen überdies auch starke Beschränkungen ihres kulturellen Eigenlebens. Diese seit Ende 1937 intensivierten Nationalisierungsmaßnahmen veranlaßten den neuen deutschen Botschafter, Ritter, die negativen Rückwirkungen dieser Entwicklung auf die deutsch-brasilianischen Beziehungen in seiner Berichterstattung hervorzuheben¹².

Die durch die Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Rio de Janeiro vor allem über das Dekret 383 entstandenen Spannungen in den bilateralen Beziehungen wurden durch den Integralistenputsch und die in diesem Zusammenhang aufgetauchten Vermutungen über eine angebliche aktive Beteiligung deutscher Stellen oder Persönlich-

keiten an diesem Putsch erheblich verschärft. Jürgen Hell, der von einer „Verschwörung von Sigma und Hakenkreuz“ ausgeht, sieht eine nationalsozialistische Beteiligung am Integralistenputsch als erwiesen an¹³; und auch für Katz „spricht alles dafür“, daß „die Nazis unmittelbar am Integralistenputsch in Brasilien beteiligt waren“, das Scheitern des Putsches habe dann allerdings gezeigt, „wie vergeblich die Hoffnungen der Nazis nicht nur in Brasilien, sondern in ganz Lateinamerika waren, mit Hilfe von Putschmitteln die Macht zu ergreifen“¹⁴. In kritischer Auseinandersetzung vor allem mit diesen Thesen kommt Harms-Baltzer allerdings zu einer wesentlich vorsichtigeren Einschätzung: Es scheine „alles darauf hinzudeuten, daß das Ausmaß der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches eher als gering anzusehen ist und zudem weitgehend inoffizieller Natur war“. Eine genauere Antwort werde erst dann möglich sein, wenn weiteres und insbesondere auch außerdeutsches Quellenmaterial herangezogen werde¹⁵. Derartige Kontakte sind quellenmäßig naturgemäß jedoch nur schwer zu erfassen. So haben auch die Forschungen von Stanley E. Hilton, dem unveröffentlichte brasilianische Quellen zur Verfügung standen, für eine deutsche Beteiligung am Integralistenputsch keine Belege zu Tage gefördert. Aufgrund der in wesentlichen Punkten divergierenden Programmatik von Nationalsozialismus und Integralismus hält er eine enge Kooperation beider Bewegungen jedoch für unwahrscheinlich¹⁶, womit die Einschätzung von Harms-Baltzer bestätigt wird. Diese historische Analyse ändert freilich nichts an der Tatsache, daß eine deutsche Beteiligung am Putsch von führenden brasilianischen Politikern zumindest für wahrscheinlich gehalten wurde und daß diese subjektive Einschätzung zu einer weiteren Verschärfung der deutsch-brasilianischen Beziehungen beigetragen hat, die sich schließlich in der Abberufung der Botschafter manifestierte¹⁷.

Bei der Frage nach den Auswirkungen dieser Abberufung der Bot-

¹³) Hell, Das „südbrasilianische Neudeutschland“, S. 115 ff.

¹⁴) Katz, Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika, S. 26.

¹⁵) Harms-Baltzer, Nationalisierung, S. 93.

¹⁶) Stanley E. Hilton, Ação Integralista Brasileira: Fascism in Brazil, 1932 – 1938, in: Luso-Brazilian Review 9 (1972/73), No. 2, S. 3–29, bes. S. 10 ff.

¹⁷) Vgl. hierzu auch Frank D. McCann, Vargas and the Destruction of the Brazilian Integralista and Nazi Parties, in: The Americas. A Quarterly Review of Inter-American Cultural History 26 (1969/70), S. 15–34.

¹¹) Ebd., S. 30 f., 41.

¹²) Vgl. ebd., S. 42 ff.

schafter auf die deutsche Brasilienpolitik hat sich Harms-Baltzer erfreulicherweise von der allzu engen thematischen Begrenzung gelöst, indem sie wenigstens einige Aspekte der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen berührt. Zu Recht sieht die Autorin in dem Wunsch nach „ungestörte[r] Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen ein oder auch das zentrale Streben der beiden Länder“, sich um die Jahreswende 1938/39 um eine Entspannung im ideologisch-politischen Bereich zu bemühen¹⁸. Bedauerlicherweise wird dieser ökonomische Aspekt in der „Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse“ dann nicht berücksichtigt.

Das besondere Verdienst der Arbeit ist mithin darin zu erblicken, daß die politisch-ideologischen Konflikte zwischen Berlin und Rio de Janeiro vor allem auch auf dem Hintergrund der innerbrasilianischen Entwicklung gedeutet werden. Damit wird zugleich die Interpretation der Nationalisierungsmaßnahmen als „Ergebnis der nordamerikanischen Einflußnahme, wie sie die amtliche deutsche Berichterstattung aus Brasilien nach Errichtung des *Estado Novo* vertrat, in ihren grundsätzlichen Aspekten zurückgewiesen“¹⁹. Ob diese kategorische Zurückweisung des Washingtoner Einflusses in diesem Zusammenhang auch nach umfassender Auswertung nordamerikanischer und brasilianischer Quellen haltbar ist, scheint allerdings fraglich²⁰.

Wesentlich breiter angelegt als die Arbeit von Harms-Baltzer ist die Untersuchung von Arnold Ebel, denn hier werden am Beispiel Argentiniens sowohl die ideologisch-politischen als auch die wirtschaftlichen Zielsetzungen des Dritten Reichs in Lateinamerika herausgearbeitet²¹. In einer ausführlichen Einleitung über die deutsche Argentinienpolitik der Weimarer Kabinette gibt der Verfasser zunächst einen Überblick über die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen sowie über die Tätigkeit deutscher Militärberater und die Lage des Deutschtums in Argentinien nach dem ersten

Weltkrieg. Beim Wiederaufbau der Beziehungen zu den südamerikanischen Staaten nach dem ersten Weltkrieg habe Berlin „große und wichtige Erfolge“ erzielt, betonte im Jahre 1929 Außenminister Stresemann, der einen weiteren „Ausbau dieser lebensnotwendigen Beziehungen“ für geboten hielt²². Großes Gewicht kam in diesem Zusammenhang Argentinien zu, dessen Bedeutung für Deutschland „zuerst und zumeist auf wirtschaftlichem Gebiete“ lag, wie die deutsche Gesandtschaft in Buenos Aires Ende 1926 kommentierte²³. Der Schwerpunkt der bilateralen Beziehungen lag vor allem im handelspolitischen Bereich. Mit einem Anteil von 5,7% (im Jahre 1924) an den deutschen Gesamtimporten nahm Argentinien hinter den Vereinigten Staaten und England den dritten Platz ein, der Anteil an den deutschen Gesamtexporten war mit 3% allerdings von wesentlich geringerer Bedeutung²⁴. Inwieweit die hier im Vordergrund stehende Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes und die daraus sich ergebende handelspolitische Abhängigkeit Argentiniens entsprechend der außenpolitischen Strategie Stresemanns von der Reichsregierung auch politisch nutzbar gemacht wurde oder gemacht werden sollte, wäre im einzelnen zu untersuchen²⁵. Der Beitrag von Werner Pade wird dieser Fragestellung jedenfalls nicht gerecht²⁶.

Die bis zum Ende der 20er Jahre ansteigende Tendenz der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen wurde seit Beginn der Weltwirtschaftskrise allerdings in ihr Gegenteil verkehrt, hierfür sind hauptsächlich zwei Faktoren zu nennen: einmal die gesunkene Nachfrage der Industrieländer nach lateinamerikanischen Produkten generell, zum anderen die speziellen Einfuhrbeschränkungen Deutschlands bei gleichzeitiger Verstärkung der Exportbemühungen²⁷. Vor allem die

²²) Zit. ebd., S. 42.

²³) Deutsche Gesandtschaft Buenos Aires (von Blücher) an Auswärtiges Amt, 27. Dezember 1926, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (künftig AA), Pol. Abt. III/Argentinien, Politik 2, Politische Beziehungen Argentiniens zu Deutschland, Bd. 2. Vgl. Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 39.

²⁴) Zahlenangaben ebd., S. 39.

²⁵) Vgl. zu diesem Problem etwa die Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom April 1926, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie B, Bd. III (zitiert ADAP/B III), Göttingen 1968, S. 247–250.

²⁶) Werner Pade, Die Expansionspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Lateinamerika 1918–1933, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 22 (1974), S. 578–590.

²⁷) Vgl. hierzu die Übersichten bei Dietmar Keesee, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936, in: Werner

¹⁸) Harms-Baltzer, Nationalisierung, S. 116.

¹⁹) Ebd., S. 147.

²⁰) McCann, Vargas, der dieser Frage im einzelnen nicht nachgeht, bestreitet allerdings ebenfalls jede Einflußnahme Washingtons, vgl. besonders S. 22.

²¹) Arnold Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien. Die diplomatischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Handelspolitik (1933–1939), Köln–Wien 1971 (= Lateinamerikanische Forschungen. Beihefte zum Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas, Bd. 3), Böhlau Verlag (Landau/Pfalz 1970 als Privatdruck).

Brüningschen Importrestriktionen gegen Agrarprodukte hatten zur Folge, daß der deutsch-argentinische Handel im Verhältnis zur deutschen Außenwirtschaftsentwicklung überproportional schrumpfte. Betrug die deutsche Einfuhr 1931 noch 50% der Einfuhren des Jahres 1929, so ging der Anteil Argentiniens im gleichen Zeitraum auf 28% zurück. Das entspricht einer Schrumpfung des argentinischen Anteils an der deutschen Gesamteinfuhr von 5,5% auf 3,1%. Es ist das besondere Verdienst von E b e l, diese krisenhafte Zuspitzung der deutsch-argentinischen Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise auch im Kontext der sich im Roca-Abkommen mit England manifestierenden Umorientierung der argentinischen Außenwirtschaftspolitik analysiert zu haben²⁸. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung reagierte die Regierung in Buenos Aires besonders schroff auf die von der Regierung Brüning vor allem aus politischen Motiven inaugurierten Präferenzpolitik gegenüber den südosteuropäischen Agrarstaaten. Die Realisierung dieser am Widerstand der Vereinigten Staaten gescheiterten Präferenzpolitik hätte zwangsläufig zu einem weiteren Rückgang der argentinischen Exporte nach Deutschland führen müssen²⁹. Erst mit der durch die Hitlersche Wirtschaftspolitik inaugurierten Konjunkturbelebung in Deutschland schienen sich Aussichten auf eine Wiederbelebung der beiderseitigen Handelsbeziehungen zu eröffnen.

Auch nach der nationalsozialistischen Machtergreifung blieben damit wirtschaftliche Fragen zunächst das Hauptproblem der deutsch-argentinischen Beziehungen. Während sich die Reichsregierung im Jahre 1933 über den einzuschlagenden handelspolitischen Kurs noch nicht im klaren war und Staatssekretär von Bülow daher empfohlen hatte, „vor grundsätzlichen Festlegungen“ in der Handelspolitik „die Entwicklung der nächsten Monate abzuwarten“ und „möglichst alle Wege offenzuhalten“³⁰, zeichnete sich im Laufe des Jahres 1934 eine

immer stärkere Bilateralisierung der deutschen Handelspolitik ab. Sichtbar wurde dies vor allem in den Handelsverträgen mit Ungarn (21. Februar 1934) und Jugoslawien (1. Mai 1934)³¹. Noch vor der Verkündung des neuen Außenhandelsprogramms der Reichsregierung (September 1934) hatte sich Berlin im Juni 1934 zur Entsendung einer Handelsdelegation nach Südamerika entschlossen, um die „bestehenden Hemmungen“ im deutschen Außenhandel mit Südamerika „nach Möglichkeit zu beseitigen“, die „Devisenschwierigkeiten zu beheben und die deutsche Ausfuhr zu fördern“ sowie die „starke Passivität“ im Handel mit den meisten südamerikanischen Ländern „möglichst auszugleichen“³².

Diese Verhandlungen der „Deutschen Handelsdelegation für Südamerika“ und die sich an ihre Erfolge anschließenden einzelnen Etappen der wirtschaftlichen Durchdringung Argentiniens hat E b e l, der sich auf umfangreiches Quellenmaterial vor allem aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn stützt³³, im einzelnen überzeugend herausgearbeitet. Bereits Mitte der 30er Jahre hatte sich die positive Entwicklung der seit der Rundreise der deutschen Handelsdelegationen intensivierten Handelsbeziehungen, die sich fast ausschließlich auf einer bilateralen devisenfreien Basis vollzogen, in der Handelsstatistik niedergeschlagen³⁴.

Der Ausbau der Handelsbeziehungen wurde durch die Aktivitäten der Auslandsorganisation der NSDAP und anderer nationalsozialistischer Gruppierungen in dieser Zeitspanne nicht wesentlich berührt, da der Aufbau der Auslandsorganisation und die Gleichschaltung zahlreicher deutscher Organisationen in Argentinien bis Ende 1937 nicht auf „nennenswerten Widerstand“ seitens der argentinischen Re-

Conze/Hans Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, Stuttgart 1967, bes. S. 74 ff.

²⁸) Vgl. E b e l, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 45 ff.

²⁹) Zur Brüningschen Präferenzpolitik gegenüber Südosteuropa und argentinischen Reaktion befindet sich umfangreiches Material in: AA, Sonderreferat Wirtschaft, Wirtschaft 1/Europa-Präferenzen, Die Präferenzen im deutsch-rumänischen und deutsch-ungarischen Handelsvertrag, Bde. 1-5.

³⁰) Aufzeichnung Bülow „Deutsche Außenhandelspolitik“, 24. März 1933, in: Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Bestand Auswärtiges Amt, Büro Reichsaußenminister, Bd. Nr. 60966.

³¹) Vgl. hierzu die Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes „Inhalt und Bedeutung der am 21. Februar 1934 in Budapest unterzeichneten Zusatzvereinbarung zum deutsch-ungarischen Handelsvertrag und der Vertraulichen Vereinbarung über die Förderung des deutsch-ungarischen Warenverkehrs“, Anlage zu AA (Bülow) an Reichskanzlei, 13. März 1934, in: ADAP/C II, Göttingen 1973, S. 589-591; AA (Ulrich) an Deutsche Botschaft Rom, 21. Juni 1934 (Politische und wirtschaftliche Bedeutung des Handelsvertrags mit Jugoslawien), in: ADAP/C III, Göttingen 1973, S. 52-54.

³²) Richtlinien für die Deutsche Handelsdelegation für Südamerika, ohne Datum (27. Juni 1934), in: AA, Handakten Wiehl, Südamerika, Band 1. Vgl. hierzu ausführlich E b e l, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 101 ff.

³³) Unverständlich ist gerade deshalb die Rückübersetzung eines Dokumentes aus dem Englischen (ebd., S. 98, Anm. 76, S. 100, Anm. 83).

³⁴) Vgl. ebd., S. 92 ff.

gierung stieß. So lag, wie Ebel prägnant zusammenfaßt, auch in den ersten Jahren nach der Machtergreifung Hitlers der „Schwerpunkt der deutsch-argentinischen Beziehungen eindeutig auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Tätigkeit der NSDAP-Landesgruppe Argentinien, die nach der ‚Machtergreifung‘ lebhafter wurde, gab zwar innerhalb der deutschen Kolonie zu Spannungen Anlaß, wurde jedoch von der Regierung in Buenos Aires und der Öffentlichkeit kaum beachtet. Der Entwicklung im Dritten Reich selbst zollte man größeres Interesse, und die Gegner des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zogen von Anfang an gegen das Regime zu Felde. Wenn die deutsche Gesandtschaft sich auch veranlaßt sah, gelegentlich gegen diese Kampagne zu protestieren, so spielte jedoch das Thema ‚Nationalsozialismus‘ in seinen verschiedenen Variationen während der Jahre bis 1936 praktisch keine Rolle in der deutsch-argentinischen Diplomatie“⁸⁵. In der Folge stellten die Aktivitäten der Landesgruppe jedoch eine zunehmende Belastung dar, die potentiell auch eine Gefährdung der Handelsbeziehungen implizierte. Die deutsche Argentinienpolitik geriet damit seit Ende 1937 zunehmend in das Spannungsfeld der primär ideologisch orientierten Aktivitäten der Auslandsorganisation und der Politik des Auswärtigen Amtes, das sich in Lateinamerika in erster Linie auf die Wahrnehmung außenwirtschaftlicher Interessen und die diplomatisch-propagandistische Abschirmung der deutschen Außenpolitik generell konzentrierte.

Die durch institutionelle Rivalitäten intensivierte Ambivalenz in der deutschen Lateinamerikapolitik und die zunehmenden Spannungen zwischen Berlin und einigen lateinamerikanischen Staaten veranlaßte die deutschen Missionschefs in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, im Sommer 1938 in Montevideo zu einer Lagebeurteilung zusammenzukommen. Die vier Diplomaten waren sich darüber im klaren, daß die „gegenwärtige fremdenfeindliche und besonders deutschfeindliche Haltung der meisten südamerikanischen Staaten [...] keine durch Einzelvorkommnisse verursachte vorübergehende Erscheinung“ sei⁸⁶. Vielmehr habe die deutsche Politik mit diesem Problem langfristig zu rechnen. Angesichts dieser Situation müsse sich die Berliner Politik Klarheit darüber verschaffen, welche Ziele

⁸⁵) Ebd., S. 77.

⁸⁶) Aufzeichnung über die Zusammenkunft der deutschen Missionschefs in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay in Montevideo am 28. und 29. Juli 1938, in: ADAP/D V, Baden-Baden 1953, S. 726–730, Zitat S. 726.

sie in Lateinamerika anvisiere: „Will sie sich auf wirtschaftliche und kulturelle Aufgaben beschränken? Oder will sie darüber hinaus eigene machtpolitische Ziele verfolgen“ und die Vereinigten Staaten „von Südamerika aus politisch bekämpfen?“ Unter Hinweis auf die Rückschläge, die Italien und Spanien bei ihrer machtpolitischen Propaganda hatten hinnehmen müssen, rieten die Missionschefs der Reichsregierung, der namentlich in Brasilien verbreiteten Auffassung, Deutschland verfolge in Südamerika machtpolitische Ziele, dadurch entgegenzutreten, daß sie sich offen zu einer Beschränkung auf wirtschaftliche und kulturelle Zielsetzungen bekenne:

„Bei einer solchen Beschränkung der deutschen Politik auf wirtschaftliche und kulturelle Ziele bestehen Erfolgsaussichten, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Wiederholte Erklärungen der führenden Staatsmänner [Lateinamerikas] lassen daran keinen Zweifel.“ Es wurde ausdrücklich davor gewarnt, an Austritte lateinamerikanischer Staaten aus dem Völkerbund Hoffnungen auf bessere politische Einflußmöglichkeiten in Lateinamerika zu knüpfen, denn die Absage lateinamerikanischer Regierungen an den Völkerbund würde „dem Panamerikanismus unter Führung der Vereinigten Staaten von Nordamerika“ noch stärker den Weg ebnen. Konkrete Möglichkeiten ergaben sich nach Auffassung der Missionschefs für die Berliner Lateinamerikapolitik in erster Linie auf handelspolitischem Gebiet. Hier gelte es, möglichst langfristige Verträge abzuschließen und besonders unter „Ausnutzung der beginnenden handelspolitischen Schwierigkeiten Argentinien und Uruguays mit den Vereinigten Staaten“ verstärkt Rohstoffeinkäufe zu tätigen. Angesichts des hier empfohlenen Kurses gegenüber Lateinamerika kann es nicht überraschen, wenn die „organisatorische Trennung des reichsdeutschen und des volksdeutschen Elements“ sowie eine „strikte Zurückhaltung der Partei in der Öffentlichkeit und gegenüber den Gastländern“ als notwendig erachtet wurde⁸⁷.

Diese auf eine Zurückdrängung des Einflusses der Auslandsorganisation der NSDAP hinauslaufende Empfehlung suchte das Auswärtige Amt in der von Harms-Baltzer und Ebel im einzelnen analysierten Lateinamerikakonferenz im Sommer 1939 zu realisieren⁸⁸. Hauptthema der Konferenz, zu der die in den lateiname-

⁸⁷) Zitate ebd., S. 726 f.

⁸⁸) Vgl. Harms-Baltzer, Nationalisierung, S. 131 ff.; Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 418 ff.

rikanischen Staaten akkreditierten Missionschefs und die in Lateinamerika tätigen Hoheitsträger der Auslandsorganisation der NSDAP nach Berlin gekommen waren, bildete die Verschlechterung der Beziehungen zu zahlreichen lateinamerikanischen Staaten sowie die Lage der Parteiorganisation und des Deutschtums vor allem in den ABC-Staaten. Die „Trübung“ der Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten, so betonte Staatssekretär von Weizsäcker, seien ein Beweis dafür, daß man die „Dinge nicht schleifen lassen“ dürfe. Vielmehr komme es darauf an, „aktiv an der Wiederherstellung des früheren guten Verhältnisses“, das für Deutschland „von großer Bedeutung sei“, zu arbeiten. Auch für den Fall eines bewaffneten Konflikts in Europa müsse die Reichsregierung dafür sorgen, „daß die Figuren richtig stehen“. Ein „Optimum unserer Interessen“ müsse mit einem „Minimum an Reibungen vereinigt“ werden³⁹.

In ihren Diskussionsbeiträgen forderten zahlreiche Missionschefs eine Einschränkung der Parteitätigkeit in Lateinamerika, denn diese Parteiarbeit sei den lateinamerikanischen Regierungen vor allem deshalb „ein Dorn im Auge“ (Gesandter Reinebeck), weil sie nicht davon überzeugt seien, daß sie die Auslandsorganisation nur mit den Reichsdeutschen beschäftige und darüber hinaus keine weitere Propaganda betreibe. Im „Interesse einer späteren Wiederaufnahme der Parteitätigkeit“ sei es wünschenswert, den Parteiapparat jetzt einzuschränken. Daß es den Vertretern des Auswärtigen Amtes allerdings weniger um die Sicherstellung einer künftigen Parteiarbeit, sondern primär um die Durchsetzung der eigenen außenpolitischen Konzeption ging, zeigten die Ausführungen des Gesandten Reinebeck, der vor allem die aus der wirtschaftspolitischen Betätigung der Auslandsorganisation resultierende „Doppelgleisigkeit“ bei der Wahrnehmung außenwirtschaftlicher Interessen kritisierte und die gesamte „praktische Wirtschaftstätigkeit“ als eine Aufgabe des Auswärtigen Amtes definierte⁴⁰.

Gauleiter Bohle erkannte verbal den vom Auswärtigen Amt geforderten Primat der Politik zwar an, er war aber nicht bereit, dem jeweiligen Missionschef gegenüber dem Landesgruppenleiter der Partei mehr als ein suspensives Vetorecht einzuräumen. Überdies mel-

³⁹) Niederschrift über die erste Sitzung der Lateinamerika-Konferenz am 12. Juni 1939 im Auswärtigen Amt, in: ADAP/D VI, Baden-Baden 1954, S. 583–589, Zitate S. 584f.

⁴⁰) Ebd., S. 587.

dete er konkrete Forderungen der Auslandsorganisation an. Namentlich die Pressearbeit müsse ebenso wie die Rundfunkarbeit und ganz allgemein jede Propaganda in den Händen der Auslandsorganisation verbleiben. Im Gegensatz zu den Vertretern des Auswärtigen Amtes war Bohle bereit, bei der Arbeit der Auslandsorganisation diplomatische Verwicklungen in Kauf zu nehmen. Bei der „weltanschaulichen Ausrichtung und Führung der reichsdeutschen Menschen im Auslande [...] gäbe es natürliche Reibungsflächen mit den fremden Staaten“. Die Partei könne „keinesfalls“ von ihrem Standpunkt abgehen, „daß jeder Blutstropfen deutschen Volkstums im Auslande erhalten werden müsse; sie kämpfe daher gegen die Assimilierungsbestrebungen in den lateinamerikanischen Ländern“⁴¹.

Da angesichts der prinzipiell divergierenden Auffassungen zwischen Auswärtigem Amt und Auslandsorganisation eine Einigung nicht möglich war und es keiner Seite gelang, einen Führerentscheid herbeizuführen, bürdete das Auswärtige Amt seinen Missionschefs ein großes Problem auf, wenn es diese „für jede außenpolitische Belastung der Beziehungen durch die Tätigkeit der Parteidienststellen voll verantwortlich“ machte⁴². Erst nach Kriegsausbruch wurden durch eine Verfügung Hitlers vom 3. September 1939 „für die Dauer des Krieges sämtliche im Auslande befindlichen Vertreter der Zivilbehörden oder der Partei-Dienststellen sowie die von ihnen entsandten Beauftragten zur Unterstützung der Politik des Reiches dem Deutschen Missionschef in dem betreffenden Lande unterstellt“⁴³. Dieser Erlaß Hitlers bedeutete freilich weder einen völligen Verzicht auf eine ideologisch-propagandistische Durchdringung Lateinamerikas⁴⁴ noch ein Ende institutioneller Rivalitäten und Kompetenzüberschneidungen auf dem Gebiet der Außenpolitik.

Die Lateinamerikakonferenz vom Sommer 1939 bietet fraglos „ein anschauliches Bild von der Zersplitterung der Außenpolitik des Dritten Reiches“ durch eine „Vielzahl“ von Institutionen⁴⁵. Hier wird deutlich, daß die erst in Gang gekommene umfassende Erforschung

⁴¹) Ebd., S. 587 f.

⁴²) Aufzeichnung Hencke, 17. August 1939, in: ADAP/D VII, Baden-Baden 1956, S. 92 f.

⁴³) Verfügung des Führers und Reichskanzlers, 3. September 1939, ebd., S. 455.

⁴⁴) Vgl. hierzu Alton Frye, *Nazi Germany and the American Hemisphere 1933–1941*, New Haven, Conn. 1967, S. 118 ff.

⁴⁵) Harms-Baltzer, *Nationalisierung*, S. 144.

der Politik des Dritten Reiches gegenüber den lateinamerikanischen Staaten⁴⁶ auch einen Beitrag zu einer genaueren Strukturanalyse deutscher Außenpolitik nach 1933 leisten kann. Die bisher vorliegenden Arbeiten zur Berliner Lateinamerikapolitik nach der „Machtergreifung“ konzentrieren sich allerdings zu stark auf den Antagonismus zwischen dem Auswärtigen Amt und der Auslandsorganisation der NSDAP. Die Kompetenzüberschneidungen und Auseinandersetzungen mit anderen Institutionen und insbesondere der Einfluß Görings als Beauftragtem für den Vierjahresplan auf dem Gebiet der Außenwirtschaft und der Außenpolitik wären im einzelnen noch zu untersuchen⁴⁷.

Ungeachtet der aus der Tätigkeit der Auslandsorganisation der NSDAP resultierenden Belastungen der Beziehungen Berlins zu Argentinien und anderen Staaten Lateinamerikas und zahlreicher technischer Schwierigkeiten in handelspolitischen Einzelfragen, gelang es dem Auswärtigen Amt, den Verrechnungsverkehr mit Lateinamerika bis zum Kriegsausbruch aufrechtzuerhalten; das macht Ebel für das Beispiel Argentiniens deutlich. Die verschiedenen Etappen des deutsch-argentinischen Verrechnungsverkehrs werden detailliert herausgearbeitet, wobei auch ein Spezifikum der deutsch-argentinischen Handelsbeziehungen erkennbar wird. Während Berlin gegenüber anderen lateinamerikanischen Staaten das Instrument der passiven Handelsbilanz erfolgreich einsetzen konnte, vermochte Argentinien durch partielle Ausfuhrkontrollen die Akkumulierung allzugroßer Guthaben auf den Berliner Verrechnungskonten zu verhindern⁴⁸. Damit leistet Ebel einen Beitrag zu einer differenzierten Beurteilung der „neuen deutschen Südamerikapolitik“. Gewisse Sonderentwicklungen im deutsch-argentinischen Warenaustausch ändern freilich nichts an der Tatsache, daß Argentinien bei wichtigen Exportprodukten auch weiterhin vom deutschen Markt abhängig war und damit eine entscheidende Voraussetzung für das Eingehen Argentiniens auf die Berliner Verrechnungspolitik erhalten blieb.

⁴⁶) Zur deutschen Mexikopolitik in den Jahren 1938–1942 demnächst die Untersuchung von Klaus Volland, Hamburg; über die deutsche Lateinamerikapolitik vom Sommer 1939 bis zum Frühjahr 1942 arbeitet gegenwärtig Reiner Pommerin, Köln. Vgl. auch Anm. 77.

⁴⁷) Zu Göring vgl. etwa Niederschrift über die erste Sitzung der Lateinamerika-Konferenz am 12. Juni 1939, in: ADAP/D VI, S. 588, und Aufzeichnung Wiehl, 30. Juni 1939, in: ADAP/D VII, S. 103 ff.

⁴⁸) Vgl. Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 429 ff.

Bedauerlicherweise hat Ebel die deutsch-amerikanische Rivalität nur gestreift; deren ausführlichere Behandlung wäre für eine umfassendere Bewertung der deutschen Argentinienpolitik allerdings erforderlich gewesen. Einen guten Einblick in diesen Problemkreis bieten neben den beiden umfangreichen Übersichten des *State Department* vom November 1936 und Juni 1938⁴⁹ vor allem auch die jeweiligen umfangreichen Berichte der in Argentinien tätigen Washingtoner Auslandsvertretungen. Hervorzuheben ist für die unmittelbare Vorkriegszeit die knapp 100 Seiten umfassende Analyse *German Compensation Trade with Argentina* vom April 1939⁵⁰. Diese vorzügliche Untersuchung basiert auf einer gründlichen Auswertung der Statistiken über den argentinischen Außenhandel. Im Mittelpunkt steht zunächst die Entwicklung der wichtigsten argentinischen Exportprodukte wie Mais, Weizen, Häute, Wolle, Gefrierfleisch und Leinsaat, für deren Absatz Argentinien auf den deutschen Markt angewiesen war. Diese Abhängigkeit vom deutschen Markt wird auch hier als entscheidender Grund dafür angesehen, daß Argentinien sich gezwungen sah, auf die Wünsche Berlins nach einem weitgehend devisenfreien Verrechnungsverkehr im Prinzip einzugehen, d. h. die aus argentinischen Exporten nach Deutschland resultierenden Guthaben konnten von der Regierung in Buenos Aires nur durch die Bezüge deutscher Waren liquidiert werden. Die Intensivierung argentinischer Importe aus Deutschland als Folge des bilateralen deutsch-argentinischen Warenaustausches ging im wesentlichen zu Lasten der Importanteile dritter Staaten. Die negativen Auswirkungen auf die Exporte Washingtons nach Argentinien sind in der Untersuchung eindrucksvoll analysiert.

Unter Hinweis auf die Entwicklung seit Beginn des Jahres 1939 stellte das Generalkonsulat fest: „it is clear that both the absolute and the relative position of American trade has declined to a greater degree than that of either Germany or Great Britain. The reason, of course, is found in the discriminatory measures that have been taken

⁴⁹) Abgedruckt bei Hans-Jürgen Schröder, Die „neue deutsche Südamerikapolitik“. Dokumente zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Lateinamerika von 1934 bis 1936, in: JbLA, Bd. 6 (1969), S. 398–450; ders., Die Vereinigten Staaten und die nationalsozialistische Handelspolitik gegenüber Lateinamerika 1937/38, in: JbLA, Bd. 7 (1970), S. 324–370.

⁵⁰) Amerikanisches Generalkonsulat Buenos Aires (Ravndal) an State Department, 5. April 1939, in: National Archives, Washington D. C., Record Group 59, File No. 635.6231/84.

to the disadvantage of the United States“⁵¹. Bedeutsamer als der Vergleich der Gesamtimporte (hier nahm Deutschland nach England und den Vereinigten Staaten den dritten Platz ein) ist die in dem Bericht geleistete Analyse der deutsch-amerikanischen ökonomischen Rivalität am Beispiel wichtiger Einzelprodukte, die den Verfasser den Schluß ziehen läßt „that German commerce will increase at America's expense so long as Argentina is in difficulty unless the situation is changed by war or the negotiation of an Argentine-American trade agreement. The negotiation of such an agreement would be facilitated if the British in Argentina who are now a stumbling block to equal treatment should change their attitude of hostile opposition to one of active support“⁵².

Wegen der traditionell starken ökonomischen Position Großbritanniens in Argentinien ergibt sich bei der Untersuchung der Berliner Argentinienpolitik auch die Möglichkeit, neben den handelspolitischen Konflikten mit den Vereinigten Staaten auch die britisch-deutsche ökonomische Rivalität in Lateinamerika in den Blick zu nehmen. Bernd Jürgen Wendt hat unlängst auf die Bedeutung der deutsch-britischen wirtschaftlichen Konkurrenz in Drittländern hingewiesen und zu Recht betont, daß der „Zusammenprall britischer, deutscher und amerikanischer Interessen in den dreißiger Jahren für jeden einzelnen Markt eine detaillierte Sonderuntersuchung notwendig machen“ würde⁵³; die in den letzten Jahren vollzogene Öffnung der englischen und amerikanischen Archive dürfte die Realisierung derartiger Untersuchungen fraglos erleichtern. Auch bei der deutsch-britischen ökonomischen Rivalität in Lateinamerika handelte es sich allerdings nicht nur um „latente Konfliktstoffe“⁵⁴. Hier manifestierten sich vielmehr die einem in bilateralen Verhandlungen mit Berlin von London angestrebten *economic appeasement* gegenläufigen Tendenzen. Damit wird deutlich, daß eine Analyse nationalsozialistischer Lateinamerikapolitik, die sich nicht auf die Untersuchung bilateraler Fragen beschränkt, durchaus zur Interpretation der Politik des Dritten Reiches zu den Großmächten beitragen kann. Neben den

⁵¹) Ebd., S. 33.

⁵²) Ebd., S. 60.

⁵³) Bernd Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933–1939*, Düsseldorf 1971, S. 356.

⁵⁴) Ebd., S. 353.

deutsch-englischen Beziehungen ist hier vor allem das deutsch-amerikanische Verhältnis zu nennen.

Der bereits Mitte der 30er Jahre ausgeprägten handelspolitischen Konfrontation zwischen Berlin und Washington in Lateinamerika kam deshalb eine so große ökonomische und politische Bedeutung zu, weil die Regierung Franklin D. Roosevelt die Überwindung der Depression als zentrale politische Aufgabe ansah, die durch Einbeziehung der Außenmärkte in die Krisenstrategie gelöst werden sollte. Den lateinamerikanischen Märkten kam hier im Washingtoner Kalkül traditionell eine hervorragende Rolle zu, die wegen der politischen Entwicklung in Europa und Asien seit Mitte der 30er Jahre eine weitere Bedeutung erfuhr. Deshalb hatte die Handelsvertragspolitik der Roosevelt-Administration hier auch einen Schwerpunkt. Die deutsche Wirtschaftsoffensive stellte einmal Washingtons *open door empire* in Lateinamerika grundlegend in Frage. Zum anderen unterminierte die „neue deutsche Südamerikapolitik“ nicht nur das Washingtoner Außenwirtschaftsprogramm, sondern in ihren Rückwirkungen auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten auch die Rooseveltsche Krisentherapie. Das erklärt dann die Entschlossenheit, mit der die Washingtoner Diplomatie der deutschen Wirtschaftsexpansion nicht nur in Lateinamerika begegnete⁵⁵. Mit der Verschärfung der deutsch-amerikanischen Konfrontation in der zweiten Hälfte der 30er Jahre suchte die nationalsozialistische Publizistik, die die Rooseveltsche Lateinamerikapolitik zunächst positiv beurteilt hatte, dann – wie es hieß – die „aggressive Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten in Südamerika“ als „Rückkehr zur Dollardiplomatie“ zu diskreditieren⁵⁶.

Ein Schwerpunkt deutsch-amerikanischer ökonomischer Rivalität in Lateinamerika lag in Brasilien, hierzu hat Stanley E. Hilton die bisher umfassendste Untersuchung vorgelegt; das gilt auch für die herangezogenen Quellen, denn der Verfasser stützt sich auf ame-

⁵⁵) Vgl. ausführlicher Hans-Jürgen Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes*, Wiesbaden 1970, S. 201 ff.

⁵⁶) Friedrich Schönmann, *Die aggressive Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten in Südamerika und die Stellung Deutschlands*, Stuttgart 1939; Hans Römer, *Roosevelts Rückkehr zur Dollardiplomatie*, in: *Die Tat*, Bd. 30 (1938/39), S. 89–97. Vgl. auch Josef Goebbels, *Was will eigentlich Amerika?*, in: *Völkischer Beobachter*, Norddeutsche Ausgabe, 21. Januar 1939, S. 1 f.

rikanische, englische, deutsche und brasilianische Archivbestände⁵⁷. Die einzelnen Etappen der wirtschaftlichen Durchdringung Brasiliens durch das nationalsozialistische Deutschland und die amerikanischen Gegenmaßnahmen werden klar herausgearbeitet. Insbesondere ist zu begrüßen, daß die Interessenüberschneidungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten auf dem Hintergrund auch der innerbrasilianischen Entwicklung analysiert werden. Der innenpolitische Druck regionaler Wirtschaftsinteressen, die auf den Absatz ihrer Produkte – wie Baumwolle und Kaffee – angewiesen waren, veranlaßte die Regierung Vargas 1934 auf die deutschen Vorschläge zu einer bilateralen Verrechnungspolitik einzugehen⁵⁸. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes erwies sich als das entscheidende Vehikel der „neuen deutschen Südamerikapolitik“. Bei der Bewertung der innerbrasilianischen Diskussion über die Orientierung der brasilianischen Außenwirtschaftspolitik erhellt Hilton in kritischer Auseinandersetzung mit John D. Wirth⁵⁹ auch den entscheidenden Einfluß der militärischen Führung⁶⁰. Wegen der – durch den Verrechnungsverkehr mit Deutschland fraglos weiter verschärften – Devisenknappheit bot die Aufrechterhaltung des Verrechnungsverkehrs für die Regierung in Rio offenbar die einzige Möglichkeit, die von den Militärs als notwendig erachtete Ausrüstung der Marine und des Heeres schnell voranzutreiben. Wichtige Rüstungsaufträge wurden daher 1937 und 1938 an Krupp vergeben⁶¹: *„The Krupp contracts in 1937 and 1938 directly involved the ministry of war in the trade issue, and meant that commercial policy had become to a considerable degree a function of the material needs of the armed forces. Satisfaction of military requirements, in other words, had become a major objective of Brazil's trade program. [...] In effect, a con-*

*venient alliance was being forged between the export sector, urban consumers interested in cheaper goods, and military planners“*⁶². Hier wird erkennbar, daß die deutschen Waffengeschäfte zugleich eine wichtige Funktion für die Berliner Handelspolitik erfüllten, die sich auch gegenüber Südamerika seit Mitte der 30er Jahre zunehmend an rüstungspolitischen Zielsetzungen des Dritten Reiches orientierte⁶³. Die sich ergänzenden Interessen der deutschen und brasilianischen Außenwirtschaftspolitik haben die Maßnahmen Washingtons gegen die wirtschaftliche Durchdringung Brasiliens durch das Dritte Reich in den 30er Jahren immer wieder paralyziert: *„Indeed, the war would prove to be the only effective check to Brazil's bilateral dealings with the Reich“*⁶⁴.

Mit dem Kriegsausbruch in Europa war der Warenaustausch mit Lateinamerika infolge der britischen Seeblockade praktisch unterbrochen; lediglich in Einzelfällen war es möglich, Warenlieferungen auf neutralen Schiffen durchzuführen. Mit dem Ausfall des deutschen Marktes für lateinamerikanische Produkte war Berlin seines wichtigsten Instruments einer aktiven Lateinamerikapolitik beraubt. Die deutsche Seite sah sich daher gezwungen, durch diplomatische Schritte und Propagandaoffensiven die Attraktivität des deutschen Marktes dadurch wach zu halten, daß ein schnelles Kriegsende suggeriert und die deutsche Absicht zur möglichst raschen Wiederaufnahme des Warenaustausches in Aussicht gestellt wurde. *„Wir sind entschlossen“*, hieß es gleich nach Kriegsausbruch, den *„Handelsverkehr mit Übersee nach Möglichkeit fortzusetzen und alles zu tun“*, damit Deutschland ein *„Absatzmarkt für dortigen Rohstoffüberschuß bleibt“*⁶⁵. Um die nach Kriegsausbruch von den deutschen Missionen in Lateinamerika wiederholt erklärte Bereitwilligkeit, *„die bisherigen Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten und – wenn möglich – zu vertiefen“*, nicht *„wirkunglos“* zu machen, hielt es

⁵⁷ Stanley E. Hilton, *Brazil and Great Power Trade Rivalry in South America, 1934–1939*, University of Texas Diss., Austin, Texas 1969, erhältlich als University Microfilms, Ann Arbor, Michigan 1970, No. 70–10811. Erweiterte Fassung demnächst bei University of Texas Press.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 62 ff.

⁵⁹ John D. Wirth, *The Politics of Brazilian Development, 1930–1954*, Stanford, California 1969.

⁶⁰ Hierzu besonders Stanley E. Hilton, *Military Influence on Brazilian Economic Policy, 1930–1945: A Different View*, in: *Hispanic American Historical Review*, 53 (1973), S. 71–94.

⁶¹ Zu den Waffenlieferungen an Brasilien vgl. auch Willi A. Boelcke, *Die Waffengeschäfte des Dritten Reiches mit Brasilien*, in: *Tradition*, Bd. 16 (1971), S. 177–200, 280–287.

⁶² Hilton, *Military Influence on Brazilian Economic Policy*, S. 84 f.

⁶³ Zur rüstungspolitischen Orientierung des deutschen Außenhandels generell vgl. als neuesten Beitrag Hans-Erich Volkman, *Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939*, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkman (Hrsg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975, S. 81–131; dazu auch das Korreferat von Wolfram Fischer, *Probleme von Außenhandel und Aufrüstung*, ebd., S. 132–135.

⁶⁴ Hilton, *Brazil and Great Power Trade Rivalry in South America*, S. 344.

⁶⁵ Runderlaß an die deutschen Missionen in Lateinamerika, 13. September 1939, in: AA, Ha Pol IXb, Handel 11/Südamerika, Band 1.

auch das Reichswirtschaftsministerium für erforderlich, daß die vor Kriegsbeginn abgeschlossenen und noch nicht abgewickelten Ausfuhr-geschäfte „im Rahmen des irgendwie Möglichen durchgeführt werden“. Allerdings war man sich schon wegen des gestiegenen Eigenbedarfs über die geringen Möglichkeiten zur Durchführung solcher Lieferungen auf deutscher Seite ebenso im klaren wie man kaum Hoffnungen auf nennenswerte Warenlieferungen aus Lateinamerika setzte. Das zeigt insbesondere auch die Tatsache, daß Berlin eine Umstellung abgeschlossener Verrechnungsgeschäfte auf Devisenbasis anstrebte. Solche Umstellungen galt es freilich „mit größter Vorsicht“ anzustreben, „damit keinesfalls der Eindruck“ entstehe, daß Deutschland sich nicht an die geschlossenen Verträge halte und den Verrechnungsverkehr zu „liquidieren“ beabsichtige. „Besondere Vorsicht“ sei gegenüber Argentinien und Brasilien „am Platze“, weil hier „eine Störung der deutschen politischen und handelspolitischen Bemühungen im Augenblick auf jeden Fall vermieden werden“ müsse⁶⁶. Der hohe Stellenwert Brasiliens im Kalkül des Auswärtigen Amtes manifestierte sich etwa in dem Bestreben der Wilhelmstraße, die erwähnten Waffenlieferungsverträge nach Kriegsausbruch wenigstens teilweise zu erfüllen⁶⁷.

Die militärischen Erfolge Hitlers in Europa und namentlich die Niederlage Frankreichs führten zu einer Intensivierung der Berliner Lateinamerikapolitik. „Der völlige Zusammenbruch der englischen Hoffnungen auf Unterstützung auf dem europäischen Kontinent“ lasse erwarten, so betonte Außenminister Ribbentrop Anfang Juli in einem Runderlaß an die deutschen Missionen in Lateinamerika, daß sowohl England als auch die Vereinigten Staaten „ihre Arbeit gegen Deutschland in Mittel- und Südamerika verstärken werden“. „Dementsprechend“ müsse auch die deutsche „Abwehr gesteigert werden“. Hier sah der Außenminister in der wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands als Lieferant und Abnehmer „eindrucksvolle Argumente“, denn die „großen Vorteile, die schon vor dem Kriege der Handel mit Deutschland für die ibero-amerikanischen Länder bot, könnten bei dem zu erwartenden gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches nach dem Kriege in ganz erheblichem Ausmaß

⁶⁶) Reichswirtschaftsminister an die Herren Leiter der Prüfungsstellen 1–27, allgemeiner Erlaß Nr. 167/39 P.St., 30. September 1939, ebd.

⁶⁷) Vgl. hierzu Boelcke, Die Waffengeschäfte des Dritten Reiches mit Brasilien, S. 197 ff., 280 ff.

erhöht werden“. Deutschland könne nach „Bevölkerungszahl und Aufnahmefähigkeit den lateinamerikanischen Staaten einen größeren Absatzmarkt bieten als irgendein anderes Land und mit seinen gesteigerten Produktionsmöglichkeiten allen Bezugsbedürfnissen gerecht werden“. Die deutschen Missionen wurden angewiesen, „diese Möglichkeiten“ den Regierungen der süd- und mittelamerikanischen Staaten „in geeigneter Weise eindrucksvoll vor Augen zu führen und dabei unsere Absicht zu erwähnen“, bei der „Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen nach dem Kriege der jetzigen Haltung der genannten Staaten Rechnung zu tragen“. Darüber hinaus sollten „alle anderen Kanäle“ ausgenutzt werden, „um diese Gedankengänge den politisch und wirtschaftlich einflußreichen Kreisen nahezubringen“⁶⁸. Die Missionen sollten die „Abwehrarbeit“ gegen den steigenden wirtschaftlichen und politischen Einfluß der USA – insbesondere hervorzuheben sind hier die Konferenz von Havanna und die Roosevelt'schen Pläne, ein Nord- und Südamerika umfassendes Wirtschaftskartell zu etablieren – „den wichtigsten Absatzbedürfnissen eines jeden Landes“ anpassen⁶⁹.

Als „Gegenlieferungen“ für den deutschen Bedarf an Rohstoffen aber auch an Konsumgütern kamen insbesondere auch deutsche Rüstungslieferungen in Frage⁷⁰. Aus diesem Grunde legte Berlin den „größten Wert darauf“, bei der künftigen Aufrüstung der südamerikanischen Länder „weitgehend beteiligt zu werden“. Deutschland werde nach Kriegsende „praktisch unbeschränkt lieferfähig sein und allen Wünschen hinsichtlich Waffen deutscher Erzeugung entsprechen können“, informierte das Auswärtige Amt die deutschen diplomatischen Vertretungen in Buenos Aires, Santiago, Montevideo und La Paz Ende August 1940. Deutschland sei bereit, „sogleich über solche Lieferungen zu verhandeln“⁷¹.

Die Einschaltung Deutschlands in die Ausrüstung lateinamerikanischer Armeen lag vor allem aus drei Gründen im Interesse der Reichsregierung: Einmal bot sich hier eine wichtige Möglichkeit

⁶⁸) Runderlaß des Reichsaußenministers, 2. Juli 1940, in: ADAP/D X, Frankfurt/Main 1963, S. 85.

⁶⁹) Aufzeichnung Pamperrien, 16. Juli 1940, ebd., S. 189.

⁷⁰) Ebd.

⁷¹) Der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung (Wiehl) an die diplomatischen Vertretungen in Buenos Aires, Santiago, Montevideo und La Paz, 23. August 1940, in: ADAP/D X, S. 437 f.

der „Vorfinanzierung“ des „großen Sofortbedarfs“ lateinamerikanischer Produkte nach Kriegsende seitens der deutschen Wirtschaft durch „Vorgriffe auf spätere Zahlungen“ durchzuführen; zum anderen machte eine möglichst hohe Kapazitätsauslastung der deutschen Rüstungsindustrie solche Exporte nach deutscher Auffassung notwendig, denn es war abzusehen, daß dieser Industriezweig nach Kriegsende nur zu einem Teil durch die Produktion für den eigenen Bedarf beschäftigt werden konnte. Wie bedeutsam dieser Faktor war, unterstreicht die Tatsache, daß die deutsche Seite Beutewaffen in diese Waffengeschäfte möglichst nicht einzubeziehen wünschte, da dies wegen des damit ausfallenden Ersatzgeschäftes die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten „empfindlich schmälern“ würde. Dennoch sollte die deutsche Politik in dieser Frage soweit flexibel gehandhabt werden, als Beutewaffenlieferungen aus „besonderen politischen Gründen, zur Sicherung wichtiger Rohstoffbezüge“ oder – hier lag ein wichtiges weiteres Motiv für das deutsche Interesse an Waffenlieferungen nach Lateinamerika überhaupt – „zur Bekämpfung der Konkurrenz der Vereinigten Staaten“ in Frage kommen konnten. Daß es sich hier um konkrete Überlegungen handelte, unterstreicht die Tatsache, daß die Firma Krupp bereits die Führung des Lieferkonsortiums für Waffengeschäfte mit Argentinien übernommen hatte. Was die prinzipielle Verhandlungsführung anbelangte, so sollte sich die deutsche Politik weitgehend an den in den 30er Jahren erfolgreich praktizierten Methoden orientieren, nämlich den „Absatzdruck“ der lateinamerikanischen Staaten als „Hebel“ für die Vergabe von Aufträgen an Deutschland anzusetzen.⁷²

Die auf dem Hintergrund der militärischen Erfolge vom Sommer 1940 formulierten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und die aufgrund der zitierten Berliner Erlasse von den deutschen diplomatischen Vertretungen mit einigen lateinamerikanischen Staaten geführten konkreten Verhandlungen lassen es fraglich erscheinen, ob die Konferenz von Havanna vom Juli 1940 wirklich schon „das Ende jedes wirksamen Einflusses des Reiches auf den amerikanischen Kontinent“ bedeutete.⁷³ Allerdings wirkte sich die Fortdauer des Krieges

⁷²) Ebd., S. 438.

⁷³) So Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939–1941*, Stuttgart 1965, S. 70. Angesichts der entscheidenden Bedeutung des Kriegsausbruchs in Europa scheint es nicht zulässig, die Konferenz von Havanna vom Juli 1940 pauschal als „Beweis“ dafür anzu-

immer stärker zu Gunsten der Vereinigten Staaten aus, das mußte auch die deutsche Diplomatie zur Kenntnis nehmen: Solange „ein baldiges Kriegsende nicht sicher“ sei, begünstige ein wachsender Absatzdruck zwangsläufig und ausschließlich nordamerikanische Wirtschaftsabsichten“, resümierte im September 1940 die deutsche Botschaft in Rio de Janeiro⁷⁴. Im weiteren Verlauf des Krieges verlor die deutsche Lateinamerikapolitik zunehmend an Glaubwürdigkeit, und Washington vermochte damit den Einfluß des Dritten Reiches in Lateinamerika schrittweise zu liquidieren. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten machte dann vollends deutlich, daß es für die lateinamerikanischen Regierungen letztlich zur Anlehnung an die Vereinigten Staaten während des Krieges keine Alternative gegeben hat. Damit wurde es Washington möglich, auch Südamerika immer stärker in die militärisch-strategischen Abwehrmaßnahmen gegen das nationalsozialistische Deutschland einzubeziehen. Für Brasilien zeigt das jetzt die Untersuchung von Frank D. M c C a n n. Auf dem Hintergrund der jeweiligen militärischen Lage in Europa erhellt der Verfasser anhand brasilianischer und amerikanischer Akten die Genesis einer engen amerikanisch-brasilianischen Kooperation vor allem auch im militärischen Bereich, deren Höhepunkt die Entsendung brasilianischer Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz symbolisierte.⁷⁵

Die Überschneidung ökonomischer, ideologisch-politischer und militärisch-strategischer Interessen Deutschlands und der Vereinigten Staaten in Lateinamerika mußte, insbesondere für die Jahre 1939 bis 1941/42, vor allem im Hinblick auf die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen lateinamerikanischen Ländern noch genauer untersucht werden. Neben einer gründlichen Auswertung der deutschen Akten ist es Aufgabe der historischen Forschung, unter Heranziehung auch amerikanischer Archivalien zu beurteilen, ob die nach Kriegsausbruch nicht aufgegebenen Versuche der wirtschaftlichen

führen, „daß die amerikanische Führung durchaus in der Lage war, der deutschen ökonomischen Offensive in ihrer Interessensphäre [...] politisch zu begegnen“. So Werner Link, *Das nationalsozialistische Deutschland und die USA 1933 bis 1941*, in: *Neue Politische Literatur*, Bd. 18 (1973), S. 231 (Hervorhebung im Original).

⁷⁴) Deutsche Botschaft Rio de Janeiro (Prüfer) an AA, 10. September 1940, in: AA, *Handakten Clodius, Brasilien*, Bd. 4.

⁷⁵) Frank D. M c C a n n, *The Brazilian-American Alliance 1937–1945*, Princeton, New Jersey 1973 (erschienen 1974).

und ideologisch-politischen Durchdringung Lateinamerikas sich in die vorsichtige Politik Hitlers gegenüber Washington von Ende 1939 bis Ende 1941 ⁷⁶ kohärent einfügten. Oder läßt sich hier – analog zur Entwicklung der frühen 30er Jahre – zu der auf Konfliktvermeidung mit den Vereinigten Staaten abgestellten Politik Hitlers eine gegenläufige Tendenz erkennen? In diesem Kontext wäre auch die Frage nach der Bedeutung Lateinamerikas für die von Hitler langfristig als unausweichlich angesehene Konfrontation mit den Vereinigten Staaten um die Weltmachtstellung ⁷⁷ zu klären.

Resumen:

A base de investigaciones históricas aparecidas en Alemania y los E.E.U.U., señala el autor algunos aspectos importantes de la política latinoamericana alemana en los años 1933–1941. Después de la toma del poder por el partido nacionalsocialista, los intereses económicos alemanes se convirtieron en el factor determinante de la política latinoamericana de Berlín. El viaje por Sudamérica de la Delegación Comercial alemana (fines 1934 a principios 1935) es el más claro indicio de esa nueva política centrada en los problemas de la balanza comercial y dirigida principalmente por el ministerio de Asuntos Extranjeros. Desde mediados de 1936/37 intensificó el régimen nacionalsocialista sus esfuerzos de penetración ideológica en Latinoamérica; en este sentido cabe mencionar, sobre todo, la actividad de la

⁷⁶) Vgl. hierzu im einzelnen Friedländer, Auftakt zum Untergang; Andreas Hillgruber, Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament, 11. Mai 1966, S. 1–21; aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung herausgegeben von Gerhard Wagner, München 1972, S. 158, 221 ff., 296; vgl. jetzt auch: Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, herausgegeben von Leonidas E. Hill, o. O., o. J. (Frankfurt/Main 1974), S. 217, 259, 270.

⁷⁷) Ausführlich hierzu die von Andreas Hillgruber angeregte, kürzlich abgeschlossene Dissertation von Jochen Thies, Hitlers Endziele. – Zum Deutschtum und zur nationalsozialistischen Bewegung in Chile vgl. die soeben publizierten Untersuchungen Jean-Pierre Blancpain, Les Allemands au Chili (1816–1945), Köln-Wien 1974, erschienen 1975 (= Lateinamerikanische Forschungen. Beihefte zum Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas, Bd. 6), bes. S. 861 ff.; George F. W. Young, Jorge González von Marées: Chief of Chilean Nazism. in: JbLA, Bd. 11 (1974), S. 309–333.

«Auslandsorganisation» (Organización para el extranjero) del NSDAP. En la segunda mitad de los años treinta, la política latinoamericana alemana se hallaba, pues, fuertemente polarizada entre los postulados ideológicos de una parte, y la percepción de los intereses económicos alemanes de la otra, como pudo verse claramente en la Conferencia Latinoamericana de Berlín en 1939. A pesar del carácter negativo que la propaganda de la «Auslandsorganisation» ejercía sobre las relaciones con Latinoamérica, el ministerio de Asuntos Exteriores logró mantener hasta 1939 el sistema de intercambio bilateral de productos con América latina, introducido en 1934. Este sistema era considerado ya a mediados de los años treinta por Washington como una amenaza para los intereses comerciales norteamericanos, y las actas del «State Department», en las que se discute el problema con ocasión del ejemplo argentino, no dejan lugar a dudas sobre el carácter político de la rivalidad económica entre Berlín y Washington; tanto más, cuanto que la política económica exterior de Roosevelt, uno de cuyos ejes estaba constituido por la América latina, formaba parte de las medidas generales adoptadas con el fin de reanimar la conyuntura norteamericana, de modo que la penetración económica alemana en Latinoamérica afectaba, en último término, a todo el concepto de la estrategia anti-crisis de Roosevelt.

Hasta el comienzo de la guerra, la diplomacia norteamericana procuró inútilmente obtener la renuncia de los Estados latinoamericanos a sus acuerdos de intercambio bilateral con Alemania, pero, en este punto, la capacidad de absorción del mercado alemán se reveló como un instrumento efectivo de la política latinoamericana de Berlín. Aún después del comienzo de la guerra, el Tercer Reich intentó mantener su influencia, principalmente en Sudamérica, si bien cada vez con menor efectividad, ya que el bloqueo marítimo británico afectaba con intensidad creciente a las posibilidades de aprovisionamiento del mercado alemán en América. El estudio detallado, a base de las fuentes inéditas existentes, de esa relación entre el curso de la guerra en Europa y la situación respectiva de las relaciones entre Alemania y los países latinoamericanos se encuentra todavía por hacer.